

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Schröder (Lüneburg), Dr. von Bismarck, Baron von Wrangel, Sick, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dr. Hubrig, Dr. Köhler, (Wolfsburg), Dreyer, Frau Hoffmann (Hoya), Helmrich und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/2159 –

Autobahnverbindung Berlin/Norddeutschland

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat mit Schreiben vom 18. Oktober 1978 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Pressemeldungen zufolge ist bei den Verhandlungen mit der DDR eine prinzipielle Übereinstimmung über den Bau einer Nordtrasse Berlin/Hamburg herbeigeführt worden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann hat die DDR in den Verhandlungen mit Beauftragten der Bundesregierung erstmalig einen konkreten Trassenführungs- vorschlag für eine Autobahnverbindung Berlin/Norddeutschland unterbreitet?
2. In welcher Kabinettssitzung hat die Bundesregierung ihre Entscheidung gefällt, mit der DDR-Regierung über den Bau einer Nordtrasse zu verhandeln?
3. Welche konkreten vergleichenden Basisdaten lagen der Bundes- regierung bei ihrer Entscheidung zugrunde
 - a) hinsichtlich des Kilometerverlaufs auf Bundesgebiet und DDR-Gebiet,
 - b) hinsichtlich der Baukosten,
 - c) hinsichtlich der Bauzeiten,
 - d) hinsichtlich der Fahrzeiten zwischen Berlin und Hamburg unter Berücksichtigung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf DDR-Autobahnen,
 - e) hinsichtlich des Volumens der Auftragsvergabe an bundes- deutsche Bauunternehmen,
 - f) hinsichtlich der Verbindungs- und Erschließungswirkung strukturschwacher Zonenrandgebiete,
 - g) hinsichtlich gesamtwirtschaftlicher Aspekte,

- h) hinsichtlich des Natur- und Landschaftsschutzes betroffener Gebiete?
4. Wie erklärt die Bundesregierung die Höhe der DDR-Finanzierungsforderung von 2 Milliarden DM angesichts bisher errechneter Baukosten von 1,2 bis 1,5 Milliarden DM?
 5. In welchem Ausmaß werden bundesdeutsche Bauunternehmer bei der Errichtung der DDR-Trasse beteiligt werden?
 6. Welche Bauzeit hat die DDR-Regierung in Aussicht gestellt?
 7. Welche Vorstellung hat die Bundesregierung über den verkehrsmäßigen Anschluß der nordostniedersächsischen Zonenrandgebiete an die neue nordelbische Autobahnverbindung?

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR über eine Autobahnverbindung Berlin/Norddeutschland sind noch nicht abgeschlossen. Die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages sind im Rahmen des Möglichen über den Verhandlungsstand unterrichtet worden. Ein endgültiges Verhandlungsergebnis, das noch vom Kabinett zu billigen wäre, liegt nicht vor.

In dieser Situation sieht sich die Bundesregierung nicht in der Lage, zu den gestellten Fragen Stellung zu nehmen.